

Silke van Dyk • Tine Haubner • Laura Boemke*

Gemeinwohldienst oder Gratisarbeit?

Zur politischen Ökonomie von Freiwilligenarbeit im Gegenwartskapitalismus

Zusammenfassung: Ausgehend von einer qualitativen Studie zu Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats entwickelt der Beitrag die Diagnose einer Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage, die auf die Aktivierung nicht-erwerbsförmiger Sorgetätigkeiten im Rahmen einer sozialpolitischen Gabenökonomie zielt. Eingebettet in konzeptionelle Überlegungen zur Bedeutung von Freiwilligenarbeit werden empirische Beispiele für die tragende Rolle von Freiwilligenarbeit präsentiert, um sodann die Ermöglichungsbedingungen ihrer staatlichen Indienstnahme auszuloten und die politische Ökonomie von Freiwilligenarbeit im Gegenwartskapitalismus in den Blick zu nehmen.

Schlagwörter: Freiwilligenarbeit, Gratisarbeit, Soziale Daseinsvorsorge, Wohlfahrtsstaatlicher Wandel, Ausbeutung

Community Service or Free Labor?

The Political Economy of Volunteering in Contemporary Capitalism

Abstract: Based on a qualitative study on volunteer work in Germany, the article discusses the shift of central tasks of social welfare provision to civil society. This shift aims at activating non-profit care activities within the framework of a socio-political gift economy. Embedded in conceptual reflections on the significance of volunteer work empirical examples of the fundamental role of volunteer work are presented in order to then explore the facilitating conditions of its governmental appropriation and to take a look at the political economy of volunteer work in contemporary capitalism.

Keywords: Volunteering, Post-Wage-Work, Social Infrastructure, Welfare State Change, Exploitation

* Silke van Dyk ist Professorin, Tine Haubner und Laura Boemke sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Arbeitsbereich für Politische Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Wenn man kein Geld haben will, dann kriegt man Jobs ohne Ende. Sobald man seinen Lebensunterhalt davon bestreiten möchte, dann gibt es keine Arbeit. Ich sage, da stimmt doch was am System nicht. [...] Ich kann ja auch nicht nur ehrenamtlich arbeiten und gehe dann in den Supermarkt und sage ›ich arbeite ehrenamtlich, kriege ich jetzt mein Essen umsonst.‹¹

Das Lob zivilgesellschaftlichen Engagements ist allgegenwärtig und durchdringt politische, mediale wie wissenschaftliche Debatten, unterschiedliche politische Lager finden sich hier vereint wie selten: Liberalen behagt die Eigeninitiative und Selbstverantwortung im Engagement, Konservativen die Gemeinschaftlichkeit sowie der Gedanke der Subsidiarität, Linke schätzen die Selbstorganisation und den Freiraum für Alternativen. Zuletzt hat der ›Boom‹ der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe im »langen Sommer der Migration« (Hess u.a. 2017) wesentlich dazu beigetragen, die große gesellschaftliche Bedeutung freiwilliger Tätigkeiten zu unterstreichen; zugleich wird seitdem erstmals öffentlich darüber diskutiert, ob Engagierte staatlicherseits zu verantwortende Versorgungslücken schließen. Obwohl Engagement und Freiwilligenarbeit² damit neue, *kritische* Aufmerksamkeit erhalten haben, mangelt es bis heute an empirischen Erkenntnissen über ihre Bedeutung in der Bearbeitung zentraler Aufgaben der Daseinsvorsorge und Infrastruktur, aber auch an konzeptuellen Überlegungen zur Rolle freiwilliger Arbeit im Gegenwartskapitalismus.

Der Wandel von Arbeit wurde zuletzt vor allem im Hinblick auf Prozesse der Deregulierung und Prekarisierung von Erwerbsarbeit sowie auf den Mangel an Fachkräften diskutiert. Wenn es um Fragen der Versorgung geht, stand lange die Privatisierung und Kommodifizierung vormals öffentlicher Leistungen und Infrastrukturen im Zentrum der Aufmerksamkeit, wobei feministische Wissenschaftler*innen den doppelten Charakter der Privatisierung – als Vermarktlichung *und* Verlagerung in Privathaushalte – hervorgehoben haben. Damit ist die ›klassische‹ Trias aus Staat, Markt und Familie umrissen, die allerdings eine gewichtige Leerstelle für das Verständnis der Organisation von Arbeit und Versorgung im Gegenwartskapitalismus lässt: die Zivilgesellschaft. Tatsächlich beobachten wir aber gegenwärtig, so die These des Beitrags, eine Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage, die auf die Aktivierung nicht-erwerbsförmiger Sorgetätigkeiten im Rahmen ei-

1 Angela Pohl, ehrenamtliche Familienpatin im Bundesland Brandenburg, Z. 407ff. Zitat aus einem Interview im Forschungsprojekt »Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie?« Vgl. Fn. 3 – alle in diesem Beitrag verwendeten Namen sind Pseudonyme.

2 Die Begriffe werden im Folgenden synonym verwendet.

ner sozialpolitischen Gabenökonomie zielt. Es geht um unbezahlte oder geringfügig entschädigte freiwillige Tätigkeiten jenseits von Staat, Markt und Familie, die – adressiert als Dienst am Gemeinwohl – einen Beitrag zur sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge leisten (sollen).

Die Gleichzeitigkeit von drängender Aktualität und empirischem Nichtwissen über diese Entwicklung war der Ausgangsimpuls für eine qualitativ angelegte Untersuchung der Rolle nicht entlohnter, freiwilliger Arbeit im Gegenwartskapitalismus.³ Der vorliegende Beitrag präsentiert zentrale Ergebnisse der Studie und verfährt in drei Schritten: Abschnitt I ist konzeptionellen Überlegungen zur Bedeutung von Freiwilligenarbeit im Lichte wohlfahrtsstaatlichen, familialen und demografischen Wandels gewidmet und präsentiert empirische Beispiele, die illustrieren, wo und unter welchen Bedingungen Engagierte Aufgaben in der sozialen Daseinsvorsorge und Infrastruktur übernehmen (Abschnitt I). Vor diesem Hintergrund steht die Frage nach den Ermöglichungsbedingungen der Indienstnahme von Freiwilligenarbeit im Zusammenspiel von strukturellen (Handlungs-)Bedingungen und subjektiven Perspektiven Engagierter im Zentrum des Beitrags (Abschnitt II). Hier zeigt sich, dass die Wahrnehmung und Bewertung der gesellschaftlichen Rolle von Engagement keineswegs deckungsgleich sein muss mit der Einschätzung des eigenen Engagements. Im dritten Abschnitt werden deshalb ›immunisierende‹ Faktoren in den Blick genommen, die bedingen, dass sich Engagierte persönlich nicht instrumentalisiert fühlen oder dass sie trotz der Wahrnehmung und Kritik der Instrumentalisierung ihres Engagements keinen Ausstieg in Betracht ziehen. Insgesamt offenbart die Untersuchung ein Spannungsverhältnis zwischen subjektiven Erfahrungen im Engagementalltag und den polit-ökonomischen, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Implikationen des Engagements auf der gesellschaftlichen Ebene. Tatsächlich ist es dieses Spannungsverhältnis, das wesentlich zur Instrumentalisier- und Ausbeutbarkeit von Freiwilligenarbeit im Gegenwarts-

3 Der Beitrag basiert auf dem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt »Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats«, das unter der Leitung von Silke van Dyk und Tine Haubner von 2017 bis 2020 am Institut für Soziologie der Universität Jena angesiedelt war. Problemzentrierte Interviews mit 46 Engagierten und 80 (hauptamtlichen) Expert*innen in jeweils zwei Städten und Landkreisen in Brandenburg und Baden-Württemberg geben für die Engagementfelder Pflege und Familienhilfe, Flüchtlingshilfe und kommunale Infrastruktur Einblick in die von Engagierten übernommenen Aufgaben sowie ihre Perspektiven auf das Engagement. Für zentrale empirische Ergebnisse des Projekts vgl. die Beiträge Boemke u.a. (2021) und van Dyk (2021), auf die der vorliegende Beitrag rekurriert. Für die Ausarbeitung der empirischen Forschung zum zeitdiagnostischen Konzept des *Community-Kapitalismus* vgl. van Dyk/Haubner (2021).

kapitalismus beiträgt: Sinnstiftung, Freude, Anerkennung, Gemeinsinn und Solidarität, aber auch Prekarität und der Wunsch nach Qualifizierung mobilisieren Gratisarbeit und tragen zur De-Thematisierung ihrer politischen Ökonomie und gesamtgesellschaftlichen Bedeutung bei.

I. Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats

Angesichts sozialstaatlicher Umstrukturierungen sowie einer Krise der sozialen Reproduktion (Jürgens 2010) in Zeiten demografischen und familialen Wandels gewinnt das sorgende Potenzial nicht entlohnter Arbeit jenseits familiärer Kontexte politisch an Bedeutung – stehen doch immer weniger Frauen ganztäglich als unbezahlte »heimliche Ressource der Sozialpolitik« (Beck-Gernsheim 1991: 66) zur Verfügung. Dabei geht es nicht nur um entstehende Versorgungslücken durch den Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, sondern auch um neue Bedarfe, zum Beispiel in der Kinderbetreuung, in der Ganztagsbeschulung und (Alten-)Pflege. Obwohl die sozialen Dienstleistungen in diesen Feldern weiterhin einen wachsenden Sektor darstellen und einen entsprechenden Fachkräftebedarf begründen, entsteht mit der Schaffung neuer Angebote und Rechtsansprüche – ohne dass die Finanzierung der professionellen Umsetzung gewährleistet ist – eine Versorgungslücke. Unter diesen Bedingungen gelte es, so der politische Tenor, die Familie und den Wohlfahrtsstaat durch Leistungen von »Wahlverwandtschaften« zu erweitern«, gewinne doch »in (spät-)modernen Gesellschaften [...] zivilgesellschaftlich geleistete und geschlechtergerecht organisierte Subsidiarität an Bedeutung« (Deutscher Bundestag 2016: 53). In einer Studie zur staatlichen Engagementpolitik rekonstruiert Daniela Neumann seit Mitte der 1990er-Jahre eine Entwicklung hin zur »Freiwilligkeit als gesellschaftliche[r] Produktivitätsressource« (Neumann 2016: 137). Die Adressierung von Engagement als Bürger*innenpflicht und der Verweis auf leere öffentliche Kassen prägen Programme und Initiativen. In der Begründung des Gesetzesentwurfs zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts, der 2013 als Ehrenamtsstärkungsgesetz verabschiedet wurde, heißt es paradigmatisch: »In Zeiten knapper öffentlicher Kassen gewinnt die Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft an Bedeutung, denn die öffentliche Hand wird sich wegen der unumgänglichen Haushaltskonsolidierung auf ihre unabweisbar notwendigen Aufgaben konzentrieren müssen. Es ist daher notwendig, Anreize für die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement zu stärken.« (Deutscher Bundestag 2012: 8) Zu beobachten ist – so die Ausgangsdiagnose dieses Beitrags –, eine Neuinterpretation des Sozialstaatsgebots, die verstärkt auf informelle Hilfe-, Unterstützungs- und

Verantwortungssysteme setzt. Die wachsende Bedeutung von Engagement und Freiwilligenarbeit ist Teil einer Umdeutung der sozialen Frage in eine Frage der fürsorglichen Gemeinschaft: »Das Thema gehört in die Mitte der Gesellschaft, nicht delegiert an sozialstaatliche Akteure«, wie der bekannte Sozial- und Pflegeexperte Thomas Klie (2015: 213) betont. Im Siebten Altenbericht der Bundesregierung wird von der notwendigen »Vergesellschaftung von Sorgeaufgaben« (Deutscher Bundestag 2016: 216) gesprochen und »sorgende Gemeinschaften« werden als Träger dieses Vergesellschaftungsprozesses sowie als »Experimentierfelder neuer Generationen- und Geschlechterverhältnisse« (ebd.) gewürdigt. In strukturschwachen Regionen seien zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse ehrenamtliche »Kümmererstrukturen« – mit Unterstützung des Bundesfreiwilligendienstes – einzuführen und auszubauen (BMI/BMEL/BMFSFJ 2019: 22).

Der Staat erweist sich dabei in *dreifacher Hinsicht* als Treiber der Freiwilligen-gesellschaft (vgl. ausführlich: van Dyk/Haubner 2019): (1) durch die programmatische und symbolische Aufwertung ehrenamtlichen Engagements (z.B. in Form von Engagementkampagnen⁴, Ehrenamtstagen, Preisen, öffentlichen Würdigungen, schulischen Bildungsformaten); (2) durch Förderprogramme, Policy-Instrumente⁵ und die Einrichtung einer bundesweiten Engagement-Stiftung⁶, die den Ausbau ehrenamtlicher Arbeit zum Ziel haben, sowie (3) durch eine Politik des Unterlassens, die engagierte Bürger*innen aktiviert, die entstehenden Lücken der Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu schließen. Hier wirken sozialstaatliche Kürzungen, ausbleibende Kostenanpassungen sowie die selektive wohlfahrtsstaatliche Bearbeitung neuer Bedarfe als Engagement-Treiber. Die Politik des Unterlassens kommt insbesondere auf kommunaler Ebene zum Tragen, müssen hier doch die bundes- und landespolitisch etablierten Rechtsansprüche (z.B. auf einen Kitaplatz oder Ganztagsbetreuung in der Schule) umgesetzt und freiwillige Aufgaben der Daseinsvorsorge (z.B. Schwimmbäder, Spielplätze, Altenhilfe, Kulturangebote) unter zunehmend knapperen Budgets realisiert werden. Zu beobachten ist die Tendenz, dass Gemeinden »vor dem Hintergrund ihrer wachsenden finanziellen Notlage konsequenterweise eine Ausweitung

4 Etwa die Website <https://www.du-bist-unersetzlich.de/>, die inzwischen offline ist.

5 Neben unzähligen konkreten Förderprogrammen, der Einrichtung des Bundesfreiwilligendienstes und dem Ausbau der steuerlichen Begünstigung ehrenamtlicher Aktivitäten ist hier insbesondere die Förderung von ehrenamtlichem, monetarisierendem Engagement in der (Alten-)Pflege zu nennen (Haubner 2017).

6 Die »Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt« wurde nach längerem Vorlauf im März 2020 mit dem Stiftungszweck der Stärkung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements eingerichtet und mit einem jährlichen Budget von 30 Millionen Euro ausgestattet (<https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de>).

der Freiwilligendienste [fordern], um auch zukünftig ihre Aufgaben erfüllen zu können« (Karger/Klenter 2015). Im Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung heißt es wörtlich: »Engagierte erzielen einen finanziellen Nutzen und Organisationen schaffen sich eine im Vergleich zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung kostengünstigere Personalressource, die zugleich die Wettbewerbsfähigkeit freigemeinnütziger Träger in bestimmten Märkten erhöht. Kommunen können durch bezahltes Ehrenamt Kosten reduzieren.« (BMFSFJ 2016: 290) Gefragt ist auf kommunaler Ebene eine große Bandbreite von nicht regulär entlohnten, als Engagement attribuierten Tätigkeiten. Die Kölner Freiwilligenagentur suchte beispielsweise im Herbst 2019 Ehrenamtliche für folgende Aufgaben: »Betreuung und Begleitung von Heimkindern, Sprachkurse für Migranten, Frühstückszubereitung in einem Backpacker-Hostel, Grünanlagenpflege und Gerätewartung in einem Sportverein, Transport von Mittagessen zwischen verschiedenen Kindertagesstätten, Kontakte und Besuche im Altenzentrum, Krankenhaus-Besuchsdienste« (Pini 2010: 12), viele der Tätigkeiten verbunden mit Aufwandsentschädigungen.

Forschung zu Freiwilligenarbeit und die gesellschaftliche Sakralisierung der Engagierten

Freiwilligenarbeit und (zivilgesellschaftliches/bürgerschaftliches) Engagement werden dadurch charakterisiert, dass sie freiwillig, mit gemeinnützigem Anliegen und ohne Erwerbszweck ausgeführt werden (United Nations 1999: 2; Deutscher Bundestag 2002: 24f.). Die wissenschaftlichen, politischen wie zivilgesellschaftlichen Perspektiven auf Freiwilligenarbeit sind heterogen, zugleich aber mehrheitlich getragen von einer Affirmation des Gegenstandes: Betont wird die individuelle und gesellschaftliche Sinnhaftigkeit dieser Tätigkeiten, von denen sich einige eine Alternative zur Lohnarbeitsfixierung der Gesellschaft versprechen; andere sehen hier ein Potenzial für »gemeinwohlbezogene« Aktivitäten derer, die im ersten Arbeitsmarkt nicht unterkommen. Nahezu unisono wird die Bedeutung von Engagement für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in strukturschwachen Regionen hervorgehoben und das Potenzial für mehr Bürgerbeteiligung und die gesellschaftliche Ko-Produktion von Sorge und Sicherheit unterstrichen. Auch in der wissenschaftlichen Engagementforschung gehen Analysen oft mit einer »idealistische[n] Unterstellung« (Dahme/Wohlfahrt 2009: 245) einher, indem die Gemeinwohlorientierung des Engagements ohne Prüfung vorausgesetzt wird.⁷ Während

⁷ Etwas weniger affirmativ stellt sich die englischsprachige Forschungslandschaft dar, z.B. Joseph 2002; Eliasoph 2013.

es an aktivierungskritischen Zeitdiagnosen, die auch die Indienstnahme von Engagement adressieren, nicht mangelt (z.B. Lessenich 2008; Rose 2000), sind empirische Untersuchungen, die keinem affirmativen Grundverständnis folgen, nach wie vor eine Seltenheit.⁸

Der gesellschaftliche Diskurs über Engagement und Freiwilligenarbeit ist geprägt von einer Sakralisierung der Engagierten, die wiederholt als »Alltagshelden« (Deutscher Bundestag 2017: 393) und »Engel« (Der Paritätische 2014: 32) adressiert werden, begleitet von einer Charakterisierung ihres Engagements als »Rückgrat des Gemeinwesens« (MSGIV 2013: 3). Solche Charakterisierungen finden sich gleichermaßen in politischen, wohlfahrtsverbandlichen, kirchlichen und medialen Beiträgen. Verbunden ist dies mit einer Rahmung des ehrenamtlichen Einsatzes als unbezahlbarem »Liebesdienst«, dessen Wert sich der ökonomischen Berechnung und statistischen Erfassung ebenso entziehe wie es unmöglich sei, diese Aufgaben regulär bezahlt und professionell ausführen zu lassen. So heißt es über das Engagement, es habe »emphatische Qualitäten, die nicht käuflich sind und von den in enge Arbeitspläne eingebundenen Hauptamtlichen nicht geleistet werden können« (Perabo 2013: 12); an anderer Stelle wird das Engagement – verstanden als »lokale Verantwortungsgemeinschaften in kleinen Lebenskreisen« (Kuhn 2014: 5) – gleich mit »LoVe« (ebd.) abgekürzt. Diese Affirmation bleibt in der Debatte um den Wert freiwilligen Engagements weitgehend unhinterfragt, obwohl Geschlechterforscher*innen seit geraumer Zeit betonen, dass im Bereich unbezahlter häuslicher Arbeit eine »Mythologisierung bei gleichzeitiger Entwertung« (Thiessen 2020) der Tätigkeiten zu beobachten ist. Der für die Zweite Frauenbewegung zentrale Slogan »Sie nennen es Liebe, wir sagen, es ist unbezahlte Arbeit« (Federici 1975), ist in seinem Potenzial für eine kritische Analyse nicht regulär entlohnter, außerhäuslicher Arbeit bis heute weitgehend unausgeschöpft.

Diese affirmative Rahmung hat für die kritische Analyse von Freiwilligenarbeit weit reichende Konsequenzen, bleiben doch nicht nur die geschlechtsspezifischen Implikationen, sondern auch die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Kehrseiten weitgehend unerforscht; damit ist neben kaum (engagement-)feldübergreifend untersuchten prekarisierenden und/oder de-professionalisierenden Effekten aktueller Engagementpraxis auch offen,

8 Ein Manko des Forschungsfeldes ist der Umstand, dass zeitdiagnostische Analysen auf der einen und empirische Fallstudien zu konkreten Engagementfeldern auf der anderen Seite nur selten aufeinander bezogen sind. Eine Ausnahme stellt die Erforschung der sogenannten ehrenamtlichen »Almosenökonomie« – insbesondere in Gestalt der Tafeln – dar, zu denen mehrere Studien vorliegen, die den Gegenstand im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats verorten (z.B. Selke 2009; Lorenz 2012; Kessl/Wagner 2011).

ob und inwiefern sich das hochgelobte Engagement als Motor der Informalisierung von Arbeit und Sorge erweisen könnte. Es fehlt an einer Schärfung von Konzepten für die Analyse der politischen Ökonomie von Freiwilligenarbeit, so insbesondere der für die Abgrenzung von Freiwilligen- und Lohnarbeit zentralen Kriterien der Arbeitsmarktneutralität und der ›Zusätzlichkeit‹ (vgl. ausführlich: van Dyk 2021). Vor diesem Hintergrund stellen die entstehenden Graubereiche von Tätigkeiten an den Übergängen von Freiwilligenarbeit und Lohnarbeit ein großes Forschungsdesiderat dar. In sozialen Bereichen, die seit Jahren unter Fachkräftemangel, Kostendruck und unzureichender Infrastruktur bei steigenden Bedarfen leiden, werden mithilfe von Monetarisierung und Semi-Professionalisierung hybride und informelle Tätigkeitsformen zwischen Niedriglohnssektor und monetär entschädigtem Engagement für all jene geschaffen, denen aus unterschiedlichen Gründen der Zugang zu regulärer Beschäftigung erschwert ist – insbesondere prekäre Ruheständler*innen, Hausfrauen, Arbeitslose und Aufstocker*innen. Jenseits von Mindestlohn, arbeitsrechtlichen Standards und Strukturen der Mitbestimmung und entgegen ihres offiziellen Auftrags kompensieren diese mitunter auch jene Leistungen, für die nicht genug ausgebildetes Personal zur Verfügung steht. Eine bislang nur wenig diskutierte Problematik ist auch die damit virulente Qualität der im Kontext von Freiwilligenarbeit und Engagement geleisteten Unterstützung. Zwar ist in vielen Engagementfeldern ein Ausbau von Qualifizierungs-, Beratungs- und Schulungsangeboten zu verzeichnen, zugleich haben Wohlfahrtsverbände, Vereine und öffentliche Stellen umfangreiche Ratgeber und Informationsmaterialien für Engagierte herausgegeben. Einerseits unterstützen diese Angebote Engagierte und verbessern ggf. die Qualität der erbrachten Leistungen, andererseits können genau diese Maßnahme auf eine faktische De-Professionalisierung hinauslaufen: Dies ist dann der Fall, wenn Tätigkeiten, die eigentlich eine didaktische, pflegerische und/oder sozialpädagogische Ausbildung erfordern – vom Deutschunterricht über Pflegedienstleistungen und Dolmetschertätigkeiten bis hin zu zielgruppenspezifischer Sozialarbeit – plötzlich von notdürftig angelernten Freiwilligen übernommen werden. Das hat gravierende Konsequenzen für diejenigen, die auf die Hilfe angewiesen sind und die anders als die Engagierten selbst, kaum sichtbar werden in den aktuellen Debatten.

Zudem sind Forschungslücken zu konstatieren, die explizit mit der emphatischen Qualität und dem angeblich unbezahlbaren – und deshalb nicht messbarem – Charakter der freiwilligen Hilfe begründet werden (z.B. Geue 2017: 2): Normative Vorstellungen von Engagement (»es soll nicht ökonomisiert werden«) verhindern hier die empirische Analyse der real existie-

renden politischen Ökonomie von Freiwilligenarbeit.⁹ In einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Indienstnahme von Engagement wird diese Forschungslücke zwar identifiziert, aber zugleich legitimiert, um dann das Forschungsinteresse ganz auf die subjektiven Wahrnehmungen der Engagierten auszurichten: »Bis dato gibt es jedoch kaum abgesicherte Erkenntnisse dazu, in welchem Ausmaß eine solche ›Indienstnahme‹ tatsächlich stattfindet [...]. Kein Wunder, denn die objektive Erfassung von ›Indienstnahme‹ in der vielfältigen Zivilgesellschaft würde einen enormen Aufwand darstellen. [...] Nützlicher scheint es, die engagierten Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und sich der Frage anzunähern, welche Auswirkungen vermutete oder wahrgenommene Indienstnahmen auf die Motivation und das Verhalten der Engagierten haben.« (Schneider 2017) Ziel der standardisierten Erhebung der *wahrgenommenen* Indienstnahme durch Engagierte ist die Erfassung der potenziell de-aktivierenden Effekte dieser Praxis; allerdings nicht, um diese dann strukturell zu überwinden, sondern um die de-mobilisierenden Effekte durch veränderte Ansprache abzuschwächen. Auch im Zweiten Engagementbericht der Bundesregierung wird deutlich, dass es darum geht, den *Eindruck* einer Indienstnahme zu vermeiden: »Deshalb ist aus Sicht der Bundesregierung auch eine angemessene Diktion von Bedeutung. Als nicht adäquat erscheinen Begriffe wie ›Bevölkerung mobilisieren‹ und ›Mobilisierung für freiwilliges Engagement‹.« (Deutscher Bundestag 2017: 26)

Der vorliegende Beitrag zielt demgegenüber darauf, empirische Beispiele für die *faktische, d.h. ›materielle‹* Indienstnahme von Freiwilligenarbeit in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildung darzulegen, um sodann – ausgehend von den subjektiven Perspektiven der Engagierten – zu analysieren, wie und warum die Indienstnahme von Freiwilligenarbeit im Sinne einer ›Verzivilgesellschaftlichung‹ der sozialen Frage gelingt.

Die Indienstnahme von Engagement und Freiwilligenarbeit – Felder und Beispiele

Die im Forschungsprojekt »Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie?« interviewten Engagierten und Hauptamtlichen beschreiben beispielreich, wo und wie Engagierte für Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildung Verantwortung tragen:

9 Berechnungen, wieviel Geld durch die Arbeit von unbezahlten oder aufwandsentschädigten Freiwilligen eingespart wird, sind selten zu finden. Eine der wenigen Ausnahmen bildet eine Schätzung des Deutschen Bibliotheks-Verbandes für das Jahr 2009. Die Zeitspenden der Engagierten wurden mit dem durchschnittlichen Stundenlohn von damals knapp 20 Euro veranschlagt, was allein für 2009 rechnerisch Einsparungen durch Ehrenamtliche in Höhe von 175.000.000 Euro ergab (dbv 2009: 23f.).

Fokus Kita und Frühförderung: Das verrentete Lehrerehepaar Bernd und Karina Lorenz, das im Mehrgenerationenhaus des brandenburgischen Landkreises B ohne Aufwandsentschädigung ehrenamtlich aktiv ist, berichtet, wie sie statt zusätzlicher Kinderbetreuung und Sprachförderung zum Kita-Ersatz für die wachsende Zahl von Flüchtlingskindern im Landkreis geworden sind, für die es keine Plätze im regulären Betreuungsangebot gibt. Im Mehrgenerationenhaus gäbe es jedoch weder adäquate Räumlichkeiten und Ausstattung für Kleinkinder noch die für Frühförderung erforderlichen Fachkräfte: »Eigentlich ist das Haus der Generationen nicht für die ganz kleinen Kinder geschaffen« (Bernd Lorenz, Z. 508f.).

Fokus Schule: Die ehrenamtliche Schulmediatorin an einer Grundschule im brandenburgischen L, Orla Wehn, und die als Jugendbegleiterin und Lesepatin an einer Schule im baden-württembergischen C engagierte Karin Leitner berichten jeweils, dass der schulische Alltag, insbesondere im Blick auf sozialpädagogische Aufgaben und Einzelförderung ohne die Ehrenamtlichen nicht funktionieren würde. Auch fungieren sie als Springer*innen, wenn Lehrkräfte oder Sozialarbeiter*innen wegen Krankheit ausfallen. In Baden-Württemberg wird das Jugendbegleitprogramm als monetarisiertes Engagement umfangreich vom Land gefördert, im Schuljahr 2018/2019 waren an rund 1950 Schulen über 23.000 Jugendbegleiter*innen aktiv, die in jeder Schulwoche ca. 45.000 Stunden Bildungsangebote durchführten. Karin Leitner, die soziale Gruppenarbeit, Sprachförderung für Flüchtlingskinder, Mensa-Betreuung und Hausaufgabenbetreuung anbietet und eine Aufwandsentschädigung von 8,50 Euro pro Stunde erhält, im Interview: »Das sagen die auch in der Schule immer: Gut, dass wir euch haben als Jugendbegleiter. Und dass ihr da seid. Sonst wüssten die ja gar nicht, was sie machen sollen.« (Z. 754f.) Frage der Interviewerin: »Und wenn jetzt die Jugendbegleiter sagen wir mal zwei Wochen lang alle ausfallen würden, was wäre dann los in der Schule?« Karin Leitner: »Chaos. Dann wäre Chaos. Dann müsstest du [die Schule] schließen.« (Z. 681f.)

Fokus begleiteter Umgang von Kindern: Im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) ist der professionelle, begleitete Umgang für solche Trennungs-/Scheidungsfamilien geregelt, in denen der Umgang mit einem Elternteil problematisch ist. Rosa Bothe vom Kinderschutzbund, zuständig für die ehrenamtlich organisierte Umgangsbegleitung im baden-württembergischen D betont: »Das ist eine gesetzliche Vorschrift, die wir hier umsetzen, die an sich vom sozialen Dienst im Landratsamt umgesetzt werden müsste. Deren ureigenste Aufgabe ist eine Hilfe zur Erziehung. Und die Landratsämter gliedern diesen Bereich häufig aus, weil es ein sehr zeitaufwendiger und sehr intensiver Bereich ist, der damit auch sehr viele Kapazitäten binden würde, kostenin-

tensiv wäre, dadurch wird er outgesourct. Und es ist bundesweit so, dass es schwerpunktmäßig der Kinderschutzbund übernommen hat.« (Rosa Bothe, Z. 35ff.) Die Engagierten erhalten dafür eine Aufwandsentschädigung von 7,50 Euro pro Stunde.

Fokus Daseinsvorsorge und Ernährungssicherheit: Bereits relativ gut erforscht ist die Arbeit der ca. 60.000 Engagierten bei den 940 gemeinnützigen Tafeln in Deutschland, die überschüssige Lebensmittel einsammeln und sie an Bedürftige verteilen, wobei der Forschungsfokus zumeist stärker auf den Tafel-Nutzer*innen und den Strukturen der Mitleidsökonomie als auf den Bedingungen der Indienstnahme freiwilliger Arbeit liegt (z.B. Lorenz 2012; Kessl/Wagner 2011). Um diese Perspektive stärker auszuleuchten wurden auch in der Studie »Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie?« Freiwillige bei unterschiedlichen Tafeln interviewt. Der Engagierte Jörg Held betont: »Ja, also wir haben natürlich schon eine Funktion der Daseinsvorsorge, die eigentlich dann schon der Staat hätte. Wir hier in C haben da auch wenig Unterstützung vom Staat, also wir kriegen keine Zuschüsse vom Kreis oder vom Landratsamt oder von der Stadt, also da gibt es eigentlich gar nichts. [...] Und ich denke mal, wenn wir das nicht machen würden, dann hätte der Staat ein Problem.« (Jörg Held, Z. 303ff.)

Fokus Kommunale Infrastruktur: In vielen Kommunen werden Institutionen der öffentlichen Infrastruktur wie Freibäder, Museen oder Bibliotheken geschlossen oder leiden unter umfangreichen Mittelkürzungen; auch die Finanzierung und Aufrechterhaltung des öffentlichen Nahverkehrs erweist sich in strukturschwächen ländlichen Regionen als Herausforderung, zumal für die Mobilität Älterer.¹⁰ Freiwillige springen ein und engagieren sich, um die entstehenden Lücken zu schließen (Pinl 2013: 104f.). Betroffen sind vor allem solche Bereiche der Infrastruktur, denen kein spezifisches professionelles Profil zugesprochen wird, wie die Leiterin einer Stadtbibliothek betont: »Und ich sehe es auch immer sehr, sehr kritisch. Das sage ich auch hier offen in der Kommune. Es gibt Berufsfelder, wo man denkt, man kann das leicht durch Ehrenamt ersetzen. Und es gibt Berufsfelder, wo man da nicht rangeht. Also, ich glaube, es käme niemand auf die Idee, einen Kämmerer der Kommune ehrenamtlich zu unterstützen oder zu ersetzen. Und das ist schon immer auch die Aufgabe, denke ich, von Kultureinrichtungen, eben auch wieder zu vermitteln, dass einfach nicht, ich sage es mal flapsig, jeder Stadtbücherei kann, ja? Dass es ein Ausbildungsberuf ist und ein Studium.« (Laura Melch, Z. 181ff.).

¹⁰ »Der BürgerBus ist ein Projekt, das mit bürgerschaftlichem Engagement einen Mobilitätsbedarf deckt, wo ein regulärer Busbetrieb durch die öffentliche Hand nicht aufrechterhalten werden kann.« (VBB 2015: 8)

Fokus Integration und Flüchtlingshilfe: In einer Beschlussfassung des Bundestages heißt es, die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe sei »nicht länger als eine bloße Zutat zu verstehen, sondern als ein Schlüsselfaktor bei der Bewältigung der dringlichsten Aufgaben von heute« (Deutscher Bundestag 2016: 218). Auch jenseits der Nothilfe 2015/2016 übernehmen Engagierte zentrale Aufgaben in der Beratung und Integration von Geflüchteten. So moniert die stellvertretende Landrätin im brandenburgischen Landkreis B: »Aber sagen Sie mir die Institutionen, die diese Beratungsangebote jetzt ausreichend finanziert? Gibt es nicht. Also sprich, da setzt man einfach darauf, dass die Gesellschaft sich da selber organisiert, dass man sozusagen im Sinne von Nachbarschaftshilfe jetzt da eben Unterstützung gibt. [...] Und ich denke, das ist aus meiner Sicht eben irgendwo eine Form von Ausnutzung.« (Jutta Keit, Z. 188ff.) Ein Engagierter der *Refugee Law Clinics*, die ehrenamtliche Rechtsberatung für Geflüchtete anbieten, erklärt, dass sie faktisch eine rechtliche Vorgabe ehrenamtlich einlösen: »Es gibt ja diese Qualifizierungsrichtlinie, die besagt, dass jeder Geflüchtete Zugang zu unabhängiger Rechtsberatung haben soll. Und die Auslegung momentan der Bundesregierung ist halt, dass das BAMF das intern macht mit ihren eigenen Beratern. Mit der Auslegung sind wir natürlich nicht einverstanden. [...] Verfahrensberatung sollte was ganz anderes sein, als ein BAMF-Mitarbeiter oder -Mitarbeiterin, die von innen Beratung gibt. Sollte so nicht funktionieren.« (Martin Kaiser, Z. 254ff.)

Fokus Pflege und Altenhilfe: In keinem Feld hat der Gesetzgeber das freiwillige Engagement so gezielt gefördert und monetarisiert wie in der (Alten-) Pflege. Mit der 1995 implementierten Pflegeversicherung werden gemeinnützige Leistungsanbieter auf dem entstehenden Wohlfahrtsmarkt Pflege zu privatwirtschaftlichen Trägern in Konkurrenz gesetzt, begleitet von der Einführung einer Finanzierungsgrundlage für monetär entschädigtes Engagement. 2013 erhielt bereits jeder zehnte Pflegehaushalt Unterstützung durch Freiwillige (ZQP 2013: 7), eine Unterstützung, für die die Engagierten seit dem Zweiten Pflegestärkungsgesetz 2017 mit bis zu 125 Euro monatlich entschädigt werden können. Infolge dessen werden aus Laien beispielsweise semi-professionalisierte »Demenz-Lotsen«, die in mehrwöchigen Schulungen ausgebildet und für die niedrigschwellige Betreuung Demenzkranker und Pflegebedürftiger eingesetzt werden (Haubner 2017). Bärbel Abendroth, stellvertretende Pflegedienstleiterin einer Sozialstation der Volkssolidarität berichtet: »Bei den Menschen [mit Demenz], da ist der Bedarf hoch an Betreuung. Täglich mindestens ein paar Stunden, das wird ja teuer. Dass wir gesagt haben: Wir nehmen Ehrenamt gegen eine kleine Aufwandsentschädigung und sehen: So klein kann auch der Preis dann sein, dass die versorgt werden.« (Bärbel Abendroth, Z. 310ff.)

Insbesondere Vertreter*innen von Wohlfahrtsverbänden in den untersuchten Kommunen haben sich als dezidierte Kritiker*innen dieser Engagementpraxis erwiesen: Viele der interviewten Expert*innen lassen keinen Zweifel daran, dass es sich um die Ausnutzung von (kostenloser oder kostengünstiger) Freiwilligenarbeit handelt, eine Vertreterin der Caritas kritisiert: »Diese Gesetzesänderung im Pflegegesetz ist, finde ich, auch für mich so ein klassisches Beispiel. Warum sollen das Freiwillige machen? Warum sagt man nicht, da setze ich dann immer eine vernünftige, also eine hauptamtliche Kraft drauf? [...] Das ist für mich schon irgendwie ein Sparmodell.« (Susanne Pluhm, Z. 1052ff.). Auch die Ehrenamtskoordinatorin der Volkssolidarität Brandenburg betont, dass der Einsatz von Engagierten auf – substantielle – Kosteneinsparungen ausgerichtet sei: »Also, wir kommen in ganz schöne Millionenbereiche dabei! Und, also, das wäre ja alles Tätigkeiten zum Teil, die wir wirklich auch hauptamtlich, oder Leute machen müssten, wenn sie das Ehrenamt nicht tun würden. Und da rechnen wir ja immer aus, wie viel da so zusammenkommt, wo wir dann auch sagen, das ist eine Wertschöpfung, die der Staat ja auch daraus hat.« (Barbara Lang, Z. 783ff.) Zugleich werden in den Interviews die begrenzten Spielräume auf lokaler Ebene ersichtlich, die dazu führen, dass eine dezidierte Kritik der Ausbeutung Engagierter zumeist mit der faktischen Aufrechterhaltung dieser Praxis einhergeht. Der Leiter der Diakonie im baden-württembergischen C problematisiert seine eigene Rolle: »Und Ehrenamtliche, ja. Also wir machen das mit, weil wir weniger Zuschüsse bekommen. [...] Wir nutzen die Menschen aus. Das ist ganz klar. Weil die leisten professionelle Arbeit. Hospizbegleitung. Haben Sie schon mal bei einem Sterbenden am Bett gesessen? Der gestunken hat vielleicht oder der sauer war, weil er sterben musste oder. Können Sie sich diese seelische Belastung vorstellen? Machen Ehrenamtliche bei uns [...]. Ich schäme mich dafür, dass ich das mitmache, ganz ehrlich.« (Heinz Hägele, Z. 434ff.)

»Unproblematisches Engagement«

Die hier ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückten problematischen Implikationen und Effekte betreffen keineswegs alle Formen von Engagement und Freiwilligenarbeit und sind nicht als grundsätzliche Kritik nicht entlohnter Tätigkeiten zu verstehen. Ziel ist es vielmehr, den Blick dafür zu schärfen, wo freiwilliges Engagement zum Ausfallbürgen des Sozialstaats wird, wo prekäre Grauzonen im Spannungsfeld von Freiwilligenarbeit und regulär entlohnter Erwerbsarbeit entstehen und wo karitative Hilfe an die Stelle sozialer Rechte tritt, sodass die Abhängigkeit und Vulnerabilität der Unterstützungsbedürftigen verfestigt wird. Die Grenzen sind dabei keineswegs einfach zu ziehen, weshalb es umso wichtiger ist, sie überhaupt zum Gegenstand der Debatte

zu machen; dazu zählt auch die grundsätzliche Auseinandersetzung darüber, was zentrale Aufgaben der öffentlichen Hand in der Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge sein sollen.

Konkrete Ansatzpunkte für eine solche Auseinandersetzung sind sowohl die Präzisierung des abstrakten Rechtsbegriffs der Arbeitsmarktneutralität und die Kontrolle der Einhaltung des präzisierten Prinzips (Karger/Klenter 2015) als auch die Definition von Professionalitätskriterien und die Sensibilisierung für Abhängigkeiten und Hierarchien des Helfens jenseits sozialer Rechte. Die ehrenamtliche Pilzsprechstunde, in der Pilzkundige ihr Laienwissen mit unerfahrenen Pilzsammler*innen teilen, dürfte sich vor diesem Hintergrund als ebenso unproblematisch erweisen wie der von Freiwilligen organisierte, wöchentliche Töpferabend im Mehrgenerationenhaus oder der ›Wünschewagen‹, der auf ehrenamtlicher Basis todkranken Menschen einen letzten Wunsch erfüllt. In der Studie »Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie« finden sich zudem Beispiele ›gelungenen‹ Grenzmanagements, das heißt, produktiver Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen freiwilligen Engagements: So ist der von Ehrenamtlichen organisierte Vorlesenachmittag in der lokalen Bibliothek etwas anderes als der regelmäßige Einsatz von Lesepat*innen an Grundschulen, die oft faktisch die Förderung von Kindern mit Lernschwierigkeiten übernehmen – ein Unterschied, auf den die Vertreterin einer Freiwilligenagentur mit Nachdruck hinweist: »Also, wenn ein Kind jetzt eine Lese-Rechtsschreibschwäche hat, dann sagen wir auch unseren Freiwilligen, das ist dann wirklich ein Feld für Professionelle, das finde ich ganz wichtig auch abzugrenzen.« (Susanne Pluhm, Z. 390f.) Ein weiteres Beispiel ist ein lokaler Bürgerbus, der nicht als Ersatz für den Öffentlichen Nahverkehr angelegt ist, sondern der ein zusätzliches Angebot für nicht mobile Senior*innen darstellt, die im Pflegeheim oder zu Hause abgeholt werden und denen mit dem ehrenamtlichen Bürgerbus zudem ein Kommunikations- und Kontaktraum geboten wird.

Auch die Interviews mit Freiwilligen geben Hinweise auf alltägliche Grenzziehungen, so unterscheiden insbesondere Engagierte im Bereich des Sports und der Freizeitangebote ihr Engagement oft explizit vom Engagement in der Pflege oder Flüchtlingshilfe. Eine Engagierte im Sozialcafé eines Gesundheitszentrums spricht in Bezug auf das Engagement im Pflegeheim, das sie aus eigenen Erfahrungen kennt, von »offiziellen Ehrenamtlichen«, die »ja auch was Bestimmtes tun [sollen]« (Frick, Z. 204f.), während ihr Engagement vollkommen frei und zusätzlich sei. Ein Vertreter des Seniorenbeirats, der gesellige Nachmittage für Ältere organisiert, betont im Blick auf Engagierte in der Flüchtlingshilfe: »Die leisten eine Arbeit. Ich leiste ja praktisch nur ein Vergnügen.« (Scheller, Z. 443f.) Nicht zuletzt können Engagement und

Freiwilligenarbeit auch Freiräume darstellen, um Formen der Solidarität und Unterstützung jenseits von Privathaushalt, Markt und Staat zu erproben und Alternativen zu stärken – dieses Potenzial soll mit der vorliegenden Problematisierung keineswegs in Abrede gestellt werden, ganz im Gegenteil: es wird gestärkt, wenn alternative Projekte nicht den Großteil ihrer Ideen und Ressourcen für die Aufrechterhaltung basaler Aufgaben der Daseinsvorsorge und Infrastruktur ›aufbrauchen‹.

II. Indienstnahme und Instrumentalisierung von Engagement – die Wahrnehmung der Engagierten

Dass über ehrenamtliches Engagement Aufgaben der Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildung abgedeckt werden, ist nicht gleichbedeutend damit, dass die Engagierten dies auch problematisch finden oder dass sie sich persönlich ausgenutzt fühlen. Neben den interviewten Expert*innen nimmt auch ein Großteil der Engagierten eine Indienstnahme von ehrenamtlichem Engagement wahr, allerdings zeigen sich hier große Unterschiede dahingehend, wie diese Entwicklung gerahmt und bewertet wird. Was die einen als Ausnutzung problematisieren, ist für viele andere eine notwendige, ja sogar eine wünschenswerte Entwicklung.

Positive gesellschaftliche Indienstnahediagnose ohne Instrumentalisierungskritik¹¹

Die überwiegende Mehrheit der Engagierten in Baden-Württemberg mit (größtenteils) klassischen Mittelschichtsbioografien bekräftigt die große Bedeutung von freiwilligem Engagement für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines konservativ-liberalen Sozialstaatsverständnisses, dem zufolge der Staat zwar zentrale Aufgaben zu übernehmen hat, es grundsätzlich aber im Sinne eines subsidiären Verständnisses darum gehen sollte, kleinere Einheiten in die Lage zu versetzen, Aufgaben der Daseinsvorsorge zu übernehmen – so zum Beispiel im Familienverbund, in der Nachbarschaft oder durch Engagement. Dies geht einher mit einem Appell an Eigenverantwortung und gemeinschaftliche Fürsorge und der Problematisierung von ›überzogenen‹ Ansprüchen vieler Bürger*innen gegenüber dem Staat: So fragt der im Projekt *Caring Community* im baden-württembergischen

11 Die Begriffe ›Indienstnahme‹ und ›Instrumentalisierung‹ werden im Folgenden so verwendet, dass mit ›Indienstnahme‹ der Rückgriff auf Engagement für zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildung bezeichnet wird, während ›Instrumentalisierung‹ auf die kritische Einordnung dieser Praxis (durch Engagierte und/oder Hauptamtliche) zielt.

C engagierte Gerhard Munz: »Wer ist der Staat? Sind doch wir alle! [...] Ich muss doch selber sagen: Was kann ich machen, dass ich mich da einbringen kann?« (Z. 778ff.) Interessanterweise finden sich in den Interviews in Baden-Württemberg kaum Wandeldiagnosen in Bezug auf den Sozialstaat, weder die Einschnitte und Veränderungen im Rentensystem noch die Einführung von Hartz IV spielen für die Mittelschichtsklientel eine nennenswerte Rolle. Die einzige Veränderung, über die wiederholt – und zumeist als Sachzwang – gesprochen wird, ist eine (zunehmende) Knappheit an öffentlichen Mitteln, die nicht-staatliche Angebote aus Sicht der Interviewten noch notwendiger werden lassen, als es dem subsidiären Sozialstaatsverständnis entsprechend sowieso begrüßt wird: »Wenn man sagt, gut das Geld ist jetzt nicht da, dann muss man halt auch wirklich selber zusammenstehen und dann muss sich auch jeder fragen, kann ich was für die Gesellschaft tun.« (Ingrid Miller, Z. 935ff.)

Während sozialstaatlicher Wandel in den Interviews unterbelichtet bleibt, werden der demografische Wandel und die Veränderung von Familien- und Nachbarschaftsstrukturen vielfach in Bezug zueinander gesetzt. Durch die Alterung der Gesellschaft und den Wegfall traditioneller, familiärer und nachbarschaftlicher Unterstützungsstrukturen würden neue Bedarfe entstehen, auf die neue Antworten gefunden werden müssten. Der Wandel der Geschlechter- und Familienverhältnisse wird dabei weniger als emanzipatorischer Fortschritt thematisiert, denn als Ausdruck einer individualisierten »Ego-Gesellschaft«. Dominant ist bei diesen Engagierten die Diagnose eines Gesellschaftsversagens – und nicht eines Staatsversagens: »Ich denke überhaupt, was unser Ehrenamt und unser Engagement betrifft, wenn wir die Familienstrukturen wie früher oder wie in anderen Ländern [hätten], wären wir überflüssig. Das ist einfach Tatsache. Und dafür können wir den Staat nicht verantwortlich machen, sondern da müssen wir uns an der eigenen Nase nehmen.« (B4, Gruppendiskussion Freizeitengel, Z. 80ff.)

Vorherrschend ist dabei ein Engagementbild, das diesem eine genuin eigenständige Sorgequalität und Menschlichkeit zuschreibt. Die fehlende Entlohnung und rechtliche Regulierung wird aus dieser Perspektive zum Garanten des besonderen Wertes freiwilligen Engagements, wobei als Kontrastfolie ein äußerst zugespitztes Bild von Erwerbsarbeit gezeichnet wird, das dieser – unter Ausblendung des breiten Spektrums regulär entlohnter sozialer Dienstleistungen – grundsätzlich die Fähigkeit zu menschlicher Zuwendung abspricht. So betont der Oberbürgermeister im baden-württembergischen C in einer Lobrede auf das Engagement in seiner Stadt: »Das menschliche Zuwenden, das kann niemand besser als das Ehrenamt.« (Helmut Kopp, Z. 199ff.)

Es ist nicht überraschend, dass sich die überwiegende Mehrheit derjenigen, die den aktiven Beitrag von Engagierten begrüßen, auch persönlich

nicht instrumentalisiert fühlt, allerdings gibt es Ausnahmen: Dies sind zum einen Engagierte, denen im Rahmen ihres Engagements haushaltsnahe Leistungen sowie Reinigungstätigkeiten angetragen wurden, zum anderen finden sich hier Engagierte aus den Kontexten des Bundesfreiwilligendienstes und des Freiwilligen Sozialen Jahres, deren Engagement erwerbsarbeitsnah organisiert ist und denen trotz der niedrigen Aufwandsentschädigung wenig Spiel- und Freiräume zugestanden werden.

Kritik der Instrumentalisierung von Engagement in der Gegenwartsgesellschaft

Eine Kontrastgruppe stellt die überwiegende Mehrheit der im Osten Deutschlands sozialisierten Engagierten dar; zu dieser Gruppe gehören auch wenige Engagierte aus Baden-Württemberg, die aus dem (sub-)proletarischen Milieu stammen sowie Mittelschichtsangehörige, die über ein traditionell sozialdemokratisches Sozialstaatsverständnis verfügen. Während das Engagement im Westen mit steigendem Sozialstatus zunimmt, engagieren sich im Osten auch materiell schlecht abgesicherte Bevölkerungsgruppen (Olk/Gensicke 2014: 69ff.), auch ist der Anteil von Langzeitarbeitslosen im Bundesfreiwilligendienst Ü-27 in den neuen Ländern substanziell höher als im Westen.¹² Im ostdeutschen Sample finden sich viele Personen, die eine typische Nachwende-Biografie der phasenweisen Arbeitslosigkeit und De-Klassierung aufweisen und den sozialstaatlichen Wandel stärker am eigenen Leib erfahren haben als die Mehrheit der westdeutschen Interviewten. In diesem Sinne ist der Ost-West-Befund hinsichtlich der Bewertung der Indienstnahme von Engagement auch ein Befund mit starken Klassenimplikationen (Haubner u.a. 2020).

In dieser Gruppe ist die Idee von einem starken Sozialstaat vorherrschend, der zuständig sein sollte für die soziale Daseinsvorsorge und Infrastruktur, verbunden mit der Überzeugung, dass die Sozialstaatsbürger*innen ein Recht auf Versorgung und soziale Sicherheit haben. Anders als in der zuvor dargestellten Gruppe ist die Wahrnehmung wohlfahrtsstaatlichen Wandels stark ausgeprägt, moniert werden eine zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft durch den Abbau sozialer Leistungen, eine ungerechte Lohn- und Steuerpolitik und das ›System Hartz IV‹. Bei zahlreichen ostdeutschen Interviewten finden sich Referenzen auf die sozial nivellierte DDR-Gesellschaft und ihr Egalitätspostulat. Auch in diesen Interviews wird wiederholt das Entstehen einer Ego-Gesellschaft problematisiert, allerdings werden hier

12 73 Prozent der Teilnehmer*innen über 27 Jahre sind hier ALG-II-Bezieher*innen, sodass der Dienst mancherorts »zu einem arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Instrument« staatlich-zentralistischer Steuerung avanciert (Beller/Haß 2013: 58f.). Der Freiwilligendienst wird hier zur Ersatz-Arbeit mit Zuverdienst für sozial prekäre Bevölkerungsschichten.

damit die Folgen der Entsolidarisierung durch den Ab- und Umbau des Sozialstaats beschrieben. Staatsversagen – nicht Gesellschaftsversagen – ist die einhellige Diagnose.

Die durch den sozialstaatlichen Wandel und neue Bedarfe entstehenden Sorgenlücken würden illegitimerweise – so der Tenor – mit der Arbeit von Ehrenamtlichen geschlossen. Der Staat wird als Profiteur dieser Politik problematisiert und nicht im Sinne eines ›der Staat, das sind doch wir‹ in die Gesellschaft hinein aufgelöst: »Wer vom Ehrenamt profitiert, generell jetzt? Ja, der Staat. Aber sowas von. [...] Na ja, weil die Leute hier für lau arbeiten und ihre Arbeit wird nicht wertgeschätzt.« (Gerda Kohlmann, Engagierte beim DRK im brandenburgischen B, Z. 689ff.) Engagement wird nicht als unbezahlbarer Gemeinwohl- oder Liebesdienst, sondern als Gratisarbeit begriffen, die sich der Staat unrechtmäßig aneignet, wodurch das fundamentale Staatsversagen verschleiert werde. Eine der wenigen Westdeutschen in dieser Gruppe beschreibt in deutlichen Worten die Instrumentalisierung der Engagierten, die durch symbolische Anerkennungsgesten bei der Stange gehalten werden sollen: »Ja, weil sie, ohne mit der Wimper zu zucken, die Banken mit Milliarden retten und die Autoindustrie davonkommen lassen und dann sagen, in Zeiten knapper öffentlicher Kassen, ›naja da sind genügend, die so dumm genug sind, sich zu engagieren, können wir doch brauchen. Jetzt streicheln wir die mal ein bisschen und dann ist schon wieder gut.« (Erika Bühler, Z. 530ff.)

Während Aufwandsentschädigungen bei den meisten Engagierten in Baden-Württemberg eher den Nimbus haben, die genuine Sorgequalität des als unbezahlbar angesehenen Engagements zu zerstören, wird das Engagement in dieser Gruppe erwerbsarbeitsnah gerahmt und eine fehlende materielle Entschädigung von vielen als ausbeuterisch kritisiert. Insgesamt wird aufwandsentschädigtes Engagement häufiger im Modus der Ersatz-Arbeit ausgeführt. Ein Befragter, der in einem christlichen Wohlfahrtsverband im Landkreis B hauptamtlich tätig ist, unterstützt Geldzahlungen mit Blick auf die vor allem in den neuen Bundesländern sozial schwache Engagement-Klientel: »Muss ich sagen, finde ich vollkommen legitim. [...] Das sind meistens die Menschen, die eh kein Geld haben und die ausgerechnet, die sollen auch noch kostenfrei für andere Menschen tätig werden.« (Achim Dittmer, Z. 203ff.) Engagierte und Expert*innen berichten zudem von alltagsweltlichem Unverständnis und Vorbehalten gegenüber Engagierten. Die Schulmediatorin Orla Wehn aus dem brandenburgischen L berichtet über ihr soziales Umfeld: »Die wundern sich immer sehr, dass wir das ohne Geld machen. [...] ›Och, Sie machen das ganz umsonst.« (Z. 599-601)

Erstaunlicherweise fühlen sich auch in dieser Gruppe der Kritiker*innen viele nicht persönlich ausgenutzt; ist dies der Fall, dann geht es – wie in der

ersten Gruppe – zumeist um sehr konkrete Erfahrungen aus dem Engagementalltag und nicht um übergreifende ökonomische, soziale und arbeitsmarktpolitische Implikationen von Freiwilligenarbeit.

III. Ermöglichungsbedingungen der Indienstnahme freiwilliger Arbeit

Im Vergleich zur Erwerbsarbeit stellt sich für Freiwilligenarbeit die Frage, was Menschen veranlasst, ihre Zeit zu spenden. Zur Motivation von Engagierten liegen zahlreiche Studien vor, auch wird seit den 1990er-Jahren dahingehend ein »Strukturwandel des Ehrenamts« identifiziert, dass sich im Zuge von Individualisierungs- und Emanzipationsprozessen die Motive und bevorzugten Einsatzformen der Engagierten wandeln (z.B. Braun 2001): Statt mehrheitlich langjähriger Vereinsmitgliedschaft auf der Basis eines traditionell verankerten christlich-humanistischen Altruismus werden nun kurzfristige, zu den jeweiligen biografischen Lebensphasen passende Einsätze bevorzugt. Der vorliegende Beitrag interessiert sich weniger für die Motivation der Engagierten im Allgemeinen als dass er konkreter und in problematisierender Absicht nach den Bedingungen fragt, die ihre Indienstnahme für Aufgaben der Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildung ermöglichen. Die Frage stellt sich umso dringlicher, als mit der Diagnose vom Strukturwandel des Ehrenamts gemeinhin eine abnehmende Verbindlichkeit und Pflichtethik der Engagierten konstatiert wird.

Die Studie »Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie?« hat gezeigt, dass die Interviewten in Baden-Württemberg mehrheitlich einem Sozialstaats- und Engagementverständnis anhängen, das Freiwilligenarbeit als notwendige und wünschenswerte Ressource für die Organisation des Sozialen ausweist, während diese »ideologischen« Grundlagen für den Beitrag von Freiwilligenarbeit bei den ostdeutschen Engagierten sowie denjenigen Engagierten in Baden-Württemberg, die keine klassischen Mittelschichtsbioographien aufweisen, weniger gegeben sind. Zugleich wurde deutlich, dass eine grundsätzliche Befürwortung der Indienstnahme von Engagement dennoch mit einem subjektiven Gefühl der Ausnutzung einhergehen kann, während sich umgekehrt viele derjenigen, die die Instrumentalisierung von Engagement als Lückenbüßer für sozialstaatliche Ausfälle kritisieren, persönlich nicht instrumentalisiert fühlen. Bemerkenswert ist ferner, dass selbst diejenigen, die auf gesellschaftlicher wie subjektiver Ebene die Instrumentalisierung von Engagement kritisieren, nicht notwendigerweise aus dem Engagement aussteigen. In all diesen Konstellationen stellt sich die Frage, welche konkreten Faktoren die Praxis der Indienstnahme von Engagement befördern

und welche Umstände Kritik am Engagement oder einen Ausstieg aus dem Engagement verhindern oder erschweren.

Freiwilligkeit: Die Betonung der Freiwilligkeit des eigenen Engagements wird am häufigsten als Gegenargument genannt, wenn es um die Möglichkeit der Ausnutzung von Engagement geht: »Das Ehrenamt, das mache ich halt freiwillig. Wenn ich es machen will, mache ich es [...]. Das sehe ich nicht als ausgenutzt an.« (Dieter Popescu, Z. 481ff.) Sehr häufig wird der nicht vorhandene Zwang stark gemacht, als Kontrastfolie fungiert die entlohnte Erwerbsarbeit, deren strukturelle Unfreiwilligkeit als Nährboden für Ausbeutung und Ausnutzung benannt wird. So betont eine Engagierte in der Flüchtlingshilfe: »Also ich fühle mich nicht ausgenutzt, weil ich sage, ich mache es ja freiwillig. Ich muss es ja nicht. Ich könnte ja auch hier im Garten sitzen. [...] Also ausgenutzt kann ich mir nur fühlen, wenn ich bei einem Arbeitgeber arbeite, qualitativ hochwertige Arbeit mache und nur Mindestlohn kriege. Denn fühle ich mich ausgenutzt. Weil ich nicht angemessen bezahlt werde.« (Helene Kolb, Z. 1162ff.)

Mit der Freiwilligkeit wird eine niedrigschwellige Exit-Option verbunden, die dann greift, wenn Unzufriedenheit wächst oder Probleme entstehen: »Ich habe jederzeit das Gefühl, ich kann sagen Ade« (Renate Bucher, Z. 575f.) antwortet eine Engagierte, ein anderer erwidert auf die Frage, ob das Engagement ihn stresse: »Nicht wirklich, nein. [...] Kann mich umdrehen und gehen.« (Ludwig Santner, Z. 446f.) Engagement wird hier mehrheitlich als freiwillige Gabe der Bürger*innen begriffen, die selber dafür verantwortlich sind, die Grenzen ihrer Engagementbereitschaft auszuloten. Zur Einordnung dieser Antworten bietet sich ein Rückgriff auf den Soziologen Albert O. Hirschman (1970) und seine Analyse möglicher Reaktionen auf Probleme und Leistungsabfall in sozialen Beziehungen an. Hirschman unterscheidet die Modi Exit und Voice, wobei Exit die Abwanderung bzw. die Beendigung einer Zugehörigkeit markiert und Voice die vorgetragene Beschwerde bzw. Kritik, die eine Veränderung der Situation zum Ziel hat – um einen Exit zu vermeiden. Dass der Ausstieg aus dem Engagement aus Sicht vieler Befragter so niedrigschwellig ist, scheint die Hürden für eine dezidierte Kritik der Engagementbedingungen zu erhöhen. Die Referenz auf die Freiwilligkeit operiert bei diesen Engagierten dabei strikt subjektiv und setzt an ihrer individuellen Situation an, während die durch freiwillige Arbeit erzeugten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Effekte keine Rolle spielen.

Spaß, Sinnstiftung und Anerkennung: In diesen Fällen verhindert der stark empfundene Selbstzweck des Engagements, dass sich Engagierte instrumentalisiert fühlen; Spaß und Freude sowie durch das Engagement gewonnene soziale Kontakte spielen eine zentrale Rolle: »Ich fühle mich nicht ausge-

nutzt. Weil ich tue das, was mir Spaß macht.« (Marion Kehring, Z. 478f.) Einige Engagierte betrachten ihr Engagement explizit als Hobby und unterscheiden genau zwischen dieser hobbynahen Freiwilligenarbeit und solchen Formen des Engagements, die zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge, z.B. in der Flüchtlingshilfe oder Pflege übernehmen. Eine solche Charakterisierung findet sich v.a. im sportlichen Bereich, in der Freizeitgestaltung und bei der freiwilligen Feuerwehr. Mit dem Engagement werden zudem fehlende Freude, Arbeitsverdichtung und Anerkennungsdefizite in der Erwerbsarbeit kompensiert; die freiwillige Arbeit dient damit gewissermaßen als Ventil der Unzufriedenheit in der Erwerbssphäre, wobei diese Funktion dort besonders stark ausgeprägt ist, wo sich Freiwillige berufsnah engagieren.

Vor diesem Hintergrund wird das Engagement von vielen als eine *Win-Win*-Situation gerahmt, von der neben der Gesellschaft und den Adressat*innen des Engagements auch sie selber profitieren: »Weil ich kann immer nur noch wiederholen, ich profitiere ja auch davon! Das ist ja nicht, dass ich als Engel vom Himmel schwebe und dann sage, nun mache ich mal was Gutes, so ist es nicht.« (Renate Bucher, Z. 676f.) In einigen Fällen nehmen Engagierte durchaus wahr, dass ihr Engagement Versorgungslücken schließt, bzw. dass sie, wie es die Schulmediatorin Orla Wehn formuliert, »eine Arbeit machen, die eigentlich ein Sozialarbeiter oder eine ausgebildete, bezahlte Kraft machen sollte« (Z. 689f.); am Ende überwiegen in der persönlichen Bewertung aber auch bei dieser Engagierten im Ruhestand der Selbstzweck des Engagements und die Anerkennung, die sie hier erfährt: »Irgendwie wünsche ich mir ja auch noch so ein Teil der Gesellschaft zu sein. Und da anerkannt zu werden durch meine Arbeit, die ich mache. Und das ist ja auch etwas, was man kriegt, durch die ehrenamtliche Arbeit. Einen Sinn dessen, was man macht.« (Orla Wehn, Z. 698ff.) Stärker noch als der Rekurs auf die Freiwilligkeit des eigenen Engagements setzt die Frage von Spaß, Sinnstiftung und Anerkennung an der individuellen Situation der Engagierten an, sodass strukturelle Implikationen des Engagements (z.B. im Blick auf Fragen der Professionalität oder der Arbeitsmarktneutralität) in den Hintergrund treten.

Engagement als Qualifizierung und (Aus-)Bildung: Einen starken Selbstzweck hat das Engagement auch überall dort, wo es zur (informellen) Qualifizierung der Engagierten beiträgt oder als wesentlicher Bestandteil der Biografie betrachtet wird. Hier verhindert die strategische Bedeutung des Engagements, dass sich die Engagierten ausgenutzt fühlen. Eine interviewte Expertin vom Diakonischen Werk betont: »Ich habe das Gefühl, dass es ein großes Sprungbrett ist und dass es eigentlich fast ein No-Go ist, kein Ehrenamt mehr irgendwie im Lebenslauf zu haben. Also, dass schon auch Ehrenamt ein Ort sein kann, um Qualifikation mitzunehmen.« (Tessa Kopf, Z. 558ff.) Ein besonders

einschlägiges Beispiel sind die *Refugee Law Clinics*, deren umfangreiches Qualifizierungsprogramm für Engagierte Lücken des regulären Jura-Studiums schließt, in dem Asyl- und Migrationsrecht eine untergeordnete Rolle spielen. Der Geschäftsführer des Bundesverbandes berichtet im Interview, »dass viele das sehen als Teil ihrer Ausbildung. Es ist nun mal ein Engagement, was sich sehr, sehr gut im Lebenslauf macht« (Simon Herker, Z. 174ff.). Und er ergänzt auch, dass sie das ehrenamtliche Engagement gezielt mit dem Verweis auf die dort zu erwerbenden *soft skills* sowie die praktische Mandatserfahrung bewerben. In gewisser Hinsicht trifft sich der instrumentelle Zugriff auf Engagement hier mit instrumentellen Motiven der Engagierten, für die der Erwerb von arbeitsmarktrelevanten Kompetenzen, der Nachweis von Engagement für den Erhalt von Stipendien oder die Zulassung zu begehrten Studiengängen eine zunehmend größere Rolle spielt. Mitunter nimmt das Engagement sogar den Charakter von »Hope Labour« (Allan 2019) an, wenn es als unbezahlte oder aufwandsentschädigte Tätigkeit allein in der Hoffnung und Aussicht auf regulär entlohnte Beschäftigung ausgeübt wird.¹³

Verantwortungs- und Pflichtgefühl: Ein Kontrapol zu jenen, die die Freiwilligkeit und den Selbstzweck des Engagements stark machen, sind Engagierte, die aus Loyalität gegenüber den auf Unterstützung Angewiesenen agieren und ein ausgeprägtes Verantwortungs- und Pflichtgefühl empfinden. Dieses Gefühl wächst mit der Vulnerabilität der Nutzer*innen und findet sich besonders häufig in der Flüchtlingshilfe. Diese Engagierten betonen nicht die Freiwilligkeit des Engagements, sondern den – durch staatliches Unterlassen – bedingten strukturellen Zwang zur ehrenamtlichen Hilfe. Hier existiert mehrheitlich eine dezidierte Wahrnehmung der Instrumentalisierung des eigenen Engagements, das trotz dieser Wahrnehmung im Modus der humanitären Verpflichtung ausgeübt wird. Der im Mehrgenerationenhaus im brandenburgischen B engagierte Bernd Lorenz unterscheidet klar zwischen tatsächlich freiwilligem und strukturell notwendigem Engagement. Obwohl Ehrenamt eigentlich bedeute, jederzeit aufhören zu können, sei genau diese Situation im Mehrgenerationenhaus nicht gegeben, da seine Frau und er faktisch notwendige Arbeitsstellen substituieren würden: »Wir machen es, weil hier kein anderer es machen würde.« (Bernd Lorenz, Z. 655) Insbesondere in der Flüchtlingshilfe ist ein öffentlichkeitswirksamer Umgang mit dem Dilemma zu beobachten, den Staat – aus Verpflichtung gegenüber den Hilfsbedürftigen – durch das eigene Engagement substanziell zu entlasten;

13 Stärker noch als im deutschen Kontext wird Freiwilligenarbeit in liberalen Ökonomien als Instrument der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik eingesetzt – wie Kori Allan (2019) für das kanadische Fallbeispiel zeigt.

ein Vorreiter dieser politischen Instrumentalisierungskritik sind die *Büros für medizinische Flüchtlingshilfe* (Medibüro), die anonyme und kostenlose Gesundheitsversorgung für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus vermitteln. Jede Selbstdarstellung des Medibüros beginnt mit dem erklärten Ziel, sich selbst überflüssig zu machen, verbunden mit dem Motto »Es ist uns keine Ehre!« Trotzdem machen sie in Ermangelung von Alternativen für die medizinische Versorgung Illegalisierter weiter (Bartholmé u.a. 2016).

Auch im Blick auf diese Engagierten ist Albert Hirschmans Unterscheidung von Exit, Voice und Loyalty hilfreich, geht er doch davon aus, dass es von der Loyalität gegenüber der sozialen Beziehung/Organisation abhängt, ob Individuen sich für Exit oder Voice entscheiden. Während institutionelle Loyalität in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe eher schwach ausgeprägt ist, zeigt sich bei vielen Engagierten eine starke Loyalität gegenüber den Unterstützungsbedürftigen, weshalb sie die »Stimme erheben« statt das Engagement einzustellen. Allerdings führt die ausgeprägte Loyalität nicht immer – wie bei den Büros für medizinische Flüchtlingshilfe oder den *Refugee Law Clinics*¹⁴ – zu einer öffentlich formulierten Kritik der Bedingungen, unter denen das freiwillige Engagement geleistet wird. Gerade in ländlichen, strukturschwachen Räumen, zeigt sich das Phänomen des heimlichen Engagements (van Dyk u.a. 2020): Hier greift eine starke Loyalität und Solidarität mit den Geflüchteten, während zugleich der Preis, öffentlich für diese Loyalität einzutreten, angesichts der alltäglich erlebten Angriffe und Anfeindungen (gegenüber Geflüchteten und Engagierten) als zu hoch erachtet wird.

Ersatzarbeit und ökonomische Prekarität: Anders stellt sich die Situation derjenigen dar, die das Engagement als Langzeitarbeitslose oder Ruheständler*innen mit niedriger Rente im Modus der Ersatzarbeit ausüben und für die die erhaltene Aufwandsentschädigung einen relevanten Bestandteil des Haushaltseinkommens darstellt. Gerade in Brandenburg begegnen wir der Position, dass es die Prekären und Armen sind, die mit ihrem Engagement die Lücken der Daseinsvorsorge schließen – eine Position, die in starkem Kontrast zum mittelschichtsgeprägten Engagement in Baden-Württemberg steht. Die Engagierten nehmen die Instrumentalisierung ihres Engagements durchaus wahr, allerdings bleibt diese Einschätzung aufgrund der bestehenden finanziellen Abhängigkeiten ohne Handlungskonsequenzen. Eine Teilnehmerin der Gruppendiskussion mit Engagierten des Besuchsdienstes der Diakonie

14 »Für mehr staatliche Verantwortung: Es ist uns keine Ehre. Die deutsche Verwaltungspraxis ist oftmals mangelhaft. Deshalb erhalten wir unser ehrenamtliches Angebot aufrecht, doch sagen ganz klar: Ehrenamtliche können nicht dauerhaft staatliche Missstände auffangen.« (<https://www.rlc-berlin.org/ueberuns>)

im brandenburgischen B kritisiert: »Ja, aber der Staat kümmert sich ja nicht drum. Das ist es ja eben. Sind ja wir kleinen Leute. Wir machen die Arbeit.« (B3, Z. 256f.) Eine andere Engagierte hebt die Abhängigkeit hervor, die durch die prekäre Lage vieler Engagierter entstehe: »Und du gehst ja für die zwei Euro arbeiten, weil du ja das Geld einfach noch zusätzlich-, freust dich ja, dass du es hast. [...] Das wissen die ja auch. ›Ach, die kommen ja doch.« (B4, Z. 256ff.) Die finanzielle Hürde, das Engagement aufzugeben, wird auch von anderen Interviewten hervorgehoben. Ein Freiwilliger im Bundesfreiwilligendienst in Brandenburg spricht in diesem Zusammenhang explizit von Ausbeutung: »Manchmal ist es schon so, dass Ehrenamtliche auch so ein bisschen, ich sage mal ausgebeutet werden. Dass sie dann auch richtig hart arbeiten müssen und dann ein ganz kleines bisschen Geld bekommen und das einfach zum Überleben brauchen und sich nicht trauen, den Job [...], also das nicht mehr zu machen.« (Elias Schäfer, Z. 482ff.) Eine Vertreterin des Seniorenbeirats im brandenburgischen B klagt über die Nachwuchsprobleme im Engagement, da immer weniger junge Leute bereit seien, sich dauerhaft an ein Engagement zu binden. Ältere Engagierte seien hingegen eine verlässliche Ressource, da sie auf die Aufwandsentschädigungen angewiesen seien: »Nein, du kannst dich mehr auf die Rentner verlassen. Wenn sie eine kleine Rente haben, machen die das und morgens gehen sie Flaschen sammeln.« (Berta Gelbcke, Z. 708f.) Bei den Engagierten dieser Gruppe wird deutlich, dass die formale Freiwilligkeit des Engagements nicht für alle gleichbedeutend mit faktischer Freiwilligkeit ist. Während die aus Verantwortungs- und Pflichtgefühl Handelnden den strukturellen Zwang zum Engagement im Blick auf die Vulnerabilität der Hilfebedürftigen und Nutzer*innen stark machen, ist es hier die ökonomische Vulnerabilität der Engagierten selbst, die diese trotz dezidiert Kritik an der Instrumentalisierung ihrer Arbeit weitermachen lässt. Nicht wenige formulieren explizit, dass es eben diese Vulnerabilität ist, die ausgenutzt wird.

Die hier skizzierten Rahmungen des eigenen Engagements – als *freiwillige Gabe*, als *Spaß- und Sinnstiftung*, als *Qualifizierung*, als *humanitäre Verpflichtung* und als *Ersatzarbeit* – sind letztlich nicht nur entscheidend für die Frage, ob Engagierte sich persönlich instrumentalisiert fühlen, sondern auch für die Frage, ob sie aus einer wahrgenommenen Instrumentalisierung praktische Konsequenzen ziehen können oder wollen. Insbesondere ökonomische und soziale Vulnerabilität von Engagierten sowie ein großes Pflicht- und Verantwortungsgefühl gegenüber Hilfebedürftigen haben zur Folge, dass Menschen ihre Zeit, Zuwendung und Expertise spenden, obwohl sie die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen dies geschieht, als problematisch erachten. Vor diesem Hintergrund zeigt sich das vielschichtige Setting freiwilliger

Arbeit, in dem sich grundsätzliche politische Haltungen und Deutungen gesellschaftlicher Verhältnisse mit alltäglichen, persönlichen Erfahrungen im Engagement, erlebter Anerkennung und Sinnstiftung sowie unterschiedlichen Klassenlagen kreuzen.

IV. Fazit

Die Studie »Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie?« hat eine umfangreiche empirische Evidenz für die Indienstnahme von Engagement und Freiwilligenarbeit in Kernbereichen der Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildung zutage gefördert. Die Untersuchung offenbart aber auch, dass ein Großteil der westdeutschen Engagierten, zumal solche mit klassischen Mittelschichtsbioografien, diese Politik begrüßt: Hier kommen ein liberal-konservatives Sozialstaatsverständnis, die Idee leerer öffentlicher Kassen als Sachzwang und ein Bild vom ehrenamtlichen Engagement als unbezahlbarem Liebesdienst zum Tragen. Zugleich hat die Untersuchung gezeigt, dass sich auch diejenigen (mehrheitlich ostdeutschen Engagierten), bei denen eine dezidierte Instrumentalisierungskritik auf gesellschaftlicher Ebene auszumachen ist, häufig nicht persönlich ausgenutzt fühlen, da im Engagementalltag »immunisierende« Faktoren wirken.

Die Herausarbeitung der vielschichtigen Bedingungen, die Freiwilligenarbeit instrumentalisier- und ausbeutbar machen, zielt nicht darauf, die Engagierten zu kritisieren oder ihnen Naivität respektive falsches Bewusstsein zu unterstellen – haben sie doch »gute« (und, wie dargelegt, sehr unterschiedliche) Gründe, an ihrem Engagement festzuhalten. Es soll hier grundsätzlicher um die strukturellen Ermöglichungsbedingungen der Externalisierung gesellschaftlich notwendiger Arbeit in die Sphäre von Engagement, Ehrenamt und freiwilliger Tätigkeit gehen. Hier offenbart sich ein zentrales Spannungsfeld, das in der bisherigen Forschung kaum Berücksichtigung findet – ein Spannungsfeld zwischen den sozio-ökonomischen, arbeitsmarkt-, professions- und wohlfahrtsbezogenen Implikationen von Freiwilligenarbeit auf der einen Seite und den konkreten, subjektiven Erfahrungen im Engagement auf der anderen Seite. Dieses Spannungsfeld trägt wesentlich zur Ausbeutbarkeit der Ressource Engagement bei, da im Zweifelsfall das Verantwortungsgefühl gegenüber den Hilfsbedürftigen oder die Wertschätzung von Hauptamtlichen unmittelbarer erfahren werden als die abstrakteren Prozesse der Indienstnahme, Informalisierung und De-Professionalisierung freiwilliger Arbeit. Wertschätzung, Anerkennung und das Gefühl, gebraucht zu werden, sind oft sogar umso ausgeprägter, je unverzichtbarer das Engagement im konkreten Kontext ist, sind doch mit

größerer Unverzichtbarkeit häufig auch größere Würdigung und ein stärkeres Gefühl von Selbstwirksamkeit verbunden.

Vor diesem Hintergrund erweist es sich als problematisch, dass die wissenschaftliche wie politische Debatte schwerpunktmäßig auf die Motivation der Engagierten zielt und den Fokus auf die subjektive Ebene verschiebt, zu lasten der Analyse der politischen Ökonomie von Freiwilligenarbeit unter Bedingungen wohlfahrtsstaatlichen, arbeitsgesellschaftlichen, demografischen und familialen Wandels. Während wir in der qualitativen Studie »Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie?« auf Basis von Engagierten- und Experteninterviews ein differenziertes Bild der lokalen Bedeutung von Freiwilligenarbeit in zwei Bundesländern zeichnen konnten, sind wir immer dann an Grenzen gestoßen, wenn es um Daten zu den finanziellen Aufwendungen für Engagement, zu konkreten Fördermitteln, zum Umfang der geleisteten ehrenamtlichen Arbeit oder die durch Engagement eingesparten Kosten ging. Obwohl Kosteneinsparungen erklärtermaßen das politische Ziel auf kommunaler Ebene sind, wird die freiwillige Arbeit in einer Weise adressiert, die auf eine Verschleierung der ökonomischen Implikationen hinausläuft. So spielt insbesondere die Anrufung von Gemeinschaft und Gemeinsinn eine zentrale Rolle, wenn es um die – durch eine doppelte Politik der Förderung und des Unterlassens – an Gewicht gewinnende Post-Erwerbssphäre geht: »The emergence of a new political economy of social value extraction and cost reduction is accompanied by a moral economy that utilizes the emotional ladenness of voluntarism and community – an emotional ladenness that veils the precarious and exploitative implications of this ›solution‹.« (van Dyk 2018: 539)

Die Rahmung von Freiwilligenarbeit als unbezahlbarer Liebes- bzw. Gemeinwohldienst weist dabei starke Parallelen zur symbolischen Aufladung und Anrufung geschlechtsspezifisch verteilter häuslicher Sorgearbeit auf. Während die verbreitete Sakralisierung von Engagement und Engagierten in der einschlägigen Forschung dazu tendiert, die sozialen und polit-ökonomischen Implikationen zu de-thematisieren, bieten feministische Analysen zur Ausbeutung der unbezahlten Care-Ressource wichtige Anknüpfungspunkte für eine politische Ökonomie der Freiwilligenarbeit – hier ist es höchste Zeit, wechselseitige Rezeptionssperren der Engagement- und Care-Forschung zu überwinden. Eine progressive Forschung zu Engagement und Freiwilligenarbeit sollte es sich zur Aufgabe machen, eine solche Analyse mit den konkreten Erfahrungen im Engagementalltag zusammenzuführen, Prozesse der Indienstnahme und Ausbeutung von Freiwilligenarbeit mit den immunisierend wirkenden Faktoren abzugleichen und danach zu fragen, wie die Sensibilität der Engagierten für Prozesse der Instrumentalisierung sowie ihre diesbezügliche Handlungsmacht gestärkt werden können. Dass eine solche

Sensibilität nicht notwendigerweise zur Aufkündigung des Engagements führt, zeigen jene ehrenamtlichen Akteure in der Flüchtlingshilfe, die unter dem Slogan »Es ist uns keine Ehre!« auf die problematische Instrumentalisierung ihres Engagements für zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge hinweisen und für diese Politisierung der eigenen Arbeit die aus dem Engagement gewonnene Expertise nutzen. Eine solche Perspektive zielt nicht auf die grundsätzliche De-Legitimierung von Engagement und Freiwilligenarbeit – ganz im Gegenteil: Sie weist seine Instrumentalisierung zurück, um Bedingungen zu schaffen, die nicht nur formal, sondern auch faktisch freiwillige Aktivitäten, alltägliche Formen der Solidarität, alternative Netzwerke und wahrhaft zusätzliches Engagement gedeihen lassen. Wo die Grenzen zwischen problematischem und unproblematischem Engagement verlaufen, ist selbstverständlich nicht in Stein gemeißelt und muss Gegenstand fortlaufender Auseinandersetzungen bleiben. Gewiss ist allerdings, dass wir eine kritische Forschung und Bestandsaufnahme brauchen, die nicht die *aktuelle* Ausbeutung nicht regulär entlohnter Arbeit mit einer emanzipatorischen *Zukunft* der Post-Lohnarbeit verwechselt.

Literatur

- Allan, Kori (2019): Volunteering as hope labour: the potential value of unpaid work experience for the un- and underemployed. In: Culture, Theory, and Critique 60(1): 66-83. DOI: <https://doi.org/10.1080/14735784.2018.1548300>.
- Bartholmé, Burkhard / Groß, Jessica / Misbach, Elène (2016): »Es ist uns keine Ehre! Aktion 20 Jahre Medibüro sind genug – und trotzdem geht es weiter«. In: ak – analyse & kritik, Nr. 615, 19.4.2016.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1991): Frauen – die heimliche Ressource der Sozialpolitik. In: WSI-Mitteilungen 2: 58-66.
- Beller, Annelie / Haß, Rabea (2013): Experiment Altersöffnung: Politische Ziele und nicht-intendierte Folgen – empirische Befunde aus der Pionierphase des Bundesfreiwilligendienstes. In: Voluntaris 1(1): 51-72. DOI: <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2013-1-51>.
- BMFSFJ (2016): Zweiter Engagementbericht: Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement. Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Berlin.
- BMI/BMEL/BMFSFJ (2019): Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin.
- Boemke Laura / van Dyk, Silke / Haubner, Tine (2021): Freiwilligenarbeit als Ressource. Die Indienstrahmung von Engagement und die subjektiven Perspektiven der Engagierten. In: WSI-Mitteilungen 5/2021 i.E.
- Braun, Sebastian (2001): Bürgerschaftliches Engagement – Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte. In: Leviathan 29(1): 83-109. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11578-001-0007-9>.
- Dahme, Heinz-Jürgen / Wohlfahrt, Nobert (2009): Zivilgesellschaft und »managerieller« Staat, in: Bode, Ingo / Evers, Adalbert / Klein, Ansgar (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt. Wiesbaden: 240-264. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-91356-8_12.
- Dbv, Deutscher Bibliotheksverband (2009): Freiwillige – (k)eine Chance für Bibliotheken. Berlin.
- Der Paritätische (2014): Ehrenamt – Freiwilliges soziales Engagement im Paritätischen Berlin. In: Der Paritätische Rundbrief, August/September: 32-34.

- Deutscher Bundestag (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunfts-fähige Bürgergesellschaft. Bericht der Enquête-Kommission ›Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagement‹, Drucksache 14/8900. Berlin.
- (2012): Entwurf und Begründung eines Gesetzes zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts, Drucksache 17/11316. Berlin.
 - (2016): Siebter Altenbericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune, Drucksache/Deutscher Bundestag, 18/10210. Berlin.
 - (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 18/11800. Berlin.
- van Dyk, Silke (2018): Post-wage politics and the rise of Community Capitalism. In: *Work, Employment and Society* 32(3): 528–545. DOI: <https://doi.org/10.1177/0950017018755663>.
- (2021): Umsonst und freiwillig? Die Neuverhandlung des Sozialen und die Informalisierung von Arbeit. In: *WSI Mitteilungen* 5/2021 [im Erscheinen].
- van Dyk, Silke / Boemke, Laura / Haubner, Tine (2020): Fallstricke des Helfens oder Sternstunden der Solidarität? Engagement für Geflüchtete im Spannungsfeld von Indienstnahme, Rassismus, Charity und Politisierung. In: *Bürger & Staat* (3): 136–143.
- van Dyk, Silke / Haubner, Tine (2019): Gemeinschaft als Ressource? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats. In: Baumgartner, A. Doris / Fux, Beat (Hg.): *Sozialstaat unter Zugzwang?* Wiesbaden: 259–280. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-22444-8_12.
- / – (2021): *Community-Kapitalismus*. Hamburg i.E.
- Eliasoph, Nina (2013): *The politics of volunteering*. Cambridge.
- Federici, Sylvia (1975): *Wages against housework*. London.
- Geue, Heiko (2017): Wirkungsorientierung als Chance begreifen. In: *BBE* (Hg.); *Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland*, 13/2016.
- Haubner, Tine (2017): Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft. *Laienpflege in Deutschland*. Frankfurt/M.
- / van Dyk, Silke / Boemke, Laura (2020): Im Westen nichts Neues, im Osten noch selten? Freiwilliges Engagement im Spannungsfeld von Nachwende-Erbe und neuen Herausforderungen. In: *Voluntaris* 8(1): 57–72. DOI: <https://doi.org/10.5771/2196-3886-2020-1-57>.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Kron, Stefanie / Rodatz, Mathias / Schwertl, Maria / Sontowski, Simon (Hg.) (2017): *Der Lange Sommer der Migration. Grenzregime II*. Berlin/Hamburg.
- Hirschman, Albert O. (1970). *Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations and States*. Cambridge.
- Joseph, Miranda (2002): *Against the Romance of Community*. Minneapolis/London.
- Jürgens, Kerstin (2010): Deutschland in der Reproduktionskrise. In: *Leviathan* 38(4): 559–587. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11578-010-0103-9>.
- Karger, Katja / Klenter, Peter (2015): *Freiwilligendienste zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsplatz-verdrängung*. Thesenpapier für den Workshop »Arbeitsmarktnneutralität von Freiwilligendiensten« am 16.1.2015. Berlin.
- Kessl, Fabian / Wagner, Thomas (2011). »Was vom Tisch der Reichen fällt...«: zur neuen politischen Ökonomie des Mitleids. In: *Widersprüche* 31(119/120): 55–76.
- Klie, Thomas (2015): Im Interview mit Björn Kähler. In: Thomas Behr (Hg.): *Aufbruch Pflege. Hintergründe – Analysen – Entwicklungsperspektiven*. Wiesbaden: 205–213.
- Kuhn, Ulrich (2014): Nur gemeinsam sind wir stark. In: *BBE-Newsletter* 4/2014: 1–7.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. *Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839407462>.
- Lorenz, Stefan (2012): *Tafeln im flexiblen Überfluss. Ambivalenzen sozialen und ökologischen Engagements*. Bielefeld. DOI: <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839420317>.

- MSGIV (2013): Freiwilliges soziales Engagement im Land Brandenburg. In: sozialspezial, Nr. 2. URL: <https://msgiv.brandenburg.de/>, Zugriff: 12.10.2020.
- Neumann, Daniela (2016): Das Ehrenamt nutzen. Zur Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland. Bielefeld. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839432785>.
- Olk, Thomas / Gensicke, Thomas (2014): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Stand und Perspektiven. Wiesbaden.
- Perabo, Christa (2013): Kommunen und Bürgerschaftliches Engagement, in: BBE (Hg.): Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 16/2013.
- Pinl, Claudia (2010): Solidaritätsdumping. In: die tageszeitung, 19.10.2010: 12.
- (2013): Freiwillig zu Diensten? Über die Ausbeutung von Ehrenamt und Gratisarbeit. Frankfurt/M.
- Rose, Nikolas (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Ulrich Bröckling / Susanne Krasmann / Thomas Lemke (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Frankfurt/M.: 72-109.
- Schneider, Helmug (2017): Zwischen Eigensinn und Indienstnahmen. URL: <https://www.ber telemann-stiftung.de/>, Zugriff: 12.10.2020.
- Selke, Stefan (Hg.) (2009): Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention. Wiesbaden.
- Thiessen, Barbara (2020): Pflegekräfte: »Dieses Klatschen ist fast zynisch.« In: Zeitonline, 25.3.2020. URL: <https://www.zeit.de/>, Zugriff: 13.1.2021.
- United Nations (1999): International Year of the Volunteer 2001. Bonn.
- VBB (Verkehrsbetriebe Berlin Brandenburg) (2005): BürgerBusse im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg. Berlin.
- Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) (2013): Freiwilliges Engagement im pflegerischen Versorgungsmix, ZQP-Themenreport. URL: <http://zqp.de/>, Zugriff: 25.2.2019.



die **graswurzelrevolution** kommentiert die aktuelle Politik und Kultur aus gewaltfrei-anarchistischer Sicht.

Jahresabo / Geschenkabo: 38 €
(10 Ausgaben)

Schnupperabo: 5 €
(8 € Ausland, 3 Ausg., Vorkasse)

Auslandsabo: 48 € / Förderabo: 60 €

Bequem bestellen auf:
graswurzel.net / abo@graswurzel.net

Abos verlängern sich automatisch. Sie können jederzeit gekündigt werden. Geschenkabos verlängern sich nicht automatisch. Ein Schnupperabo verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich.